

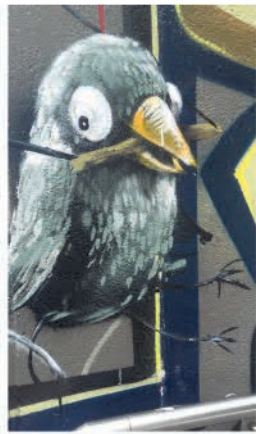


BBB begrüßt Besichtigung der Helenen-Kapelle:

Bonn Touren bietet Rundgang zu verborgenen Orten

Ein Kleinod unter den verborgenen Denkmälern im Bonner Zentrum ist die Helenen-Kapelle, die sich neben dem Kaufhaus Sinn an der Straße Am Hof versteckt. Hier zeigt sich, dass die Bonner Innenstadt voller spannender, nicht zugänglicher Orte ist, die interessante Geschichten erzählen.

Einen Blick auf mehrere weitere davon bietet ein Rundgang rund um den Münsterplatz, den die Bonn-Information im Jahr 2024 am 20. April, 29. Juni und 28. September anbietet. Begleitet von Gästeführern geht es so u. a. in die einzig erhaltene, romanische Hauskapelle einer Stiftskurie im Rheinland aus dem 12. Jh. In der halbrunden Apsis der Kapelle befinden sich noch Wandmalereien aus dem 13. bis 15. Jh., die erst vor wenigen Jahren aufwendig restauriert worden sind.



Als ich vom Streit über die Aufstellung der Skulptur "Laurelle" von Jaume Plensa vor dem Bahnhof Bad Godesberg las, dachte ich mir: Das ist schon so ein Kreuz mit den Kunstkommissionen aller Couleur. Vor allem in Bonn, wenn ohne Erlaubnis der sich allmächtig fühlenden Grünen und ihrer Helfershelfer eine politische Mehrheit anders zu entscheiden wagt, als sie und ihre Kommissionäre. Dann schmeißen manche von denen den Bettel schon mal schnell empört oder frustriert hin. Der spanische Künstler Jaume Plensa hatte sich zuvor in Bonn umgesehen, um einen geeigneten Standort für seine Arbeit zu finden. Seine Werke werden in Museen und im öffentlichen Raum in Europa, den USA und Japan präsentiert.



So sah die Simulation für die Aufstellung der Skulptur „Laurelle“ aus.

Die Kunstkommissionäre lehnten den Standort als ungeeignet ab und sorgten sich um die Umweltfreundlichkeit des Materials der Skulptur. Die BBB-Fraktion dagegen plädierte nach dem negativen Votum der Kunstkommission für die Aufstellung des Kunstwerks am Bahnhofsvorplatz Bad Godesberg und beantragte eine Ortsbesichtigung, um den Standort zur Zufriedenheit aller zu optimieren. Im Rat löste sich dann alles zum Positiven, als die OB vor Weihnachten auf eine Anfrage des BBB mitteilte: "In einem konstruktiven Termin vor Ort konnte anhand eines maßstäblichen Musteraufbaus ein außermittiger Standort definiert werden, der sowohl dem Ansinnen des beim Ortstermin anwesenden Künstlers als auch den denkmalrechtlichen Belangen Rechnung trägt. Eine nachträgliche Überprüfung der Leitungsverläufe im Untergrund führte nochmals zu einer leichten Achsverschiebung zu der keine denkmalrechtlichen Bedenken bestehen." Ende gut, alles gut. So bekommt Bad Godesberg sein Weihnachtsgeschenk in Form einer Leihgabe der Stiftung Kunst und Kultur und darf sich auf Laurelle freuen: Neben New York, Melbourne oder Barcelona wird dann auch Bad Godesberg eine Skulptur des spanischen Künstlers beherbergen. Darüber freut sich aufrichtig

Euer Rabe Cleverle

OB Dörner blockiert BBB-Antrag seit Anfang Juli: Sondersteuer auf Einwegverpackungen beantragt

Insbesondere am Wochenende ist in der Bonner Innenstadt die Kreuzung Poststraße/Maximilianstraße regelmäßig mit Abfällen der benachbarten Imbisse verunreinigt. Der BBB sieht nicht ein, dass für die Müllbeseitigung durch Sonderreinigungen am Eingangstor zur City weder die Verkäufer der Speisen noch deren Kunden, sondern letztlich die Bonner Steuerzahler aufkommen müssen. Tübingen erhebt seit Juli 2020 auf nicht wiederverwendbare Verpackungen (Einwegverpackungen) und nicht wiederverwendbares Geschirr (Einweggeschirr) sowie auf nicht wiederverwendbares Besteck (Einwegbesteck) eine Steuer, sofern Speisen und Getränke darin bzw. damit für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares take-away-Gericht verkauft werden (z. B. warme Speisen und Getränke, Eis von der Eisdiele, Salat mit Soße und Besteck, Getränke 'to go').

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Mai entgegen den beiden Vorinstanzen die Tübinger Satzung als rechtmäßig bestätigt. Der BBB hat daraufhin Anfang Juli beantragt, dass auch die Bundesstadt Bonn künftig eine Sondersteuer erhebt und dem Beispiel von Tübingens OB Boris Palmer folgt. Seitdem blockiert OB Dörner mit inhaltlichen Stellungnahmen eine Beratung des Antrags im Stadtrat.



Schulabgänger ohne Abschluss:

Das sind dem BBB in Bonn zu viele

Am Ende des Schuljahres 2020/21 verließen in Bonn 3.705 Schulabgänger die allgemeinbildenden Schulen (ohne Weiterbildungskollegs). Wie IT-Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitteilte, erlangten 65 oder 1,8 % von ihnen am Ende des Schuljahres 2020/21 keinen Abschluss (Abgangszeugnis ohne Abschluss). Am Ende des Schuljahres 2019/20 hatten von den 3.490 Schulabgängern 45 die Schule ohne Abschluss verlassen, dies entsprach einem Anteil von nur 1,3 %. Dem BBB macht dieser Anstieg Sorgen, da die Betroffenen in der Bundesstadt kaum gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze finden können.



An alle Bonner Haushalte

Wiesners Wiederwahl gescheitert:

Peinliche Bauchlandung für OB Dörner

Abgelehnt hat der Rat die Wiederwahl von Stadtbaurat Helmut Wiesner und seine Höherstufung in die Besoldungsstufe B 6, die OB Dörner (Grüne) ab Mai 2024 für weitere acht Jahre vorgeschlagen hatte. Wiesner amtiert als Planungs- und Umweldezement und war auf Vorschlag der Grünen 2016 zum Beigeordneten gewählt worden. Er ist für die zentralen Ziele des Umbaus Bonns zu einer grün-roten Musterstadt verantwortlich. Da sich auch die FDP für seine Wiederwahl aussprach, hätten mit der grün-roten Koalition eigentlich 37 Stimmen zusammenkommen müssen. Bei der vom BBB beantragten geheimen Wahl stimmten aber nur 31 für ihn. Da gleich viele Nein-Stimmen gezählt wurden, war die Wiederwahl damit abgelehnt.

Antrag des BBB abgelehnt:

Grundsteuer-Erhöhung nicht abgesagt

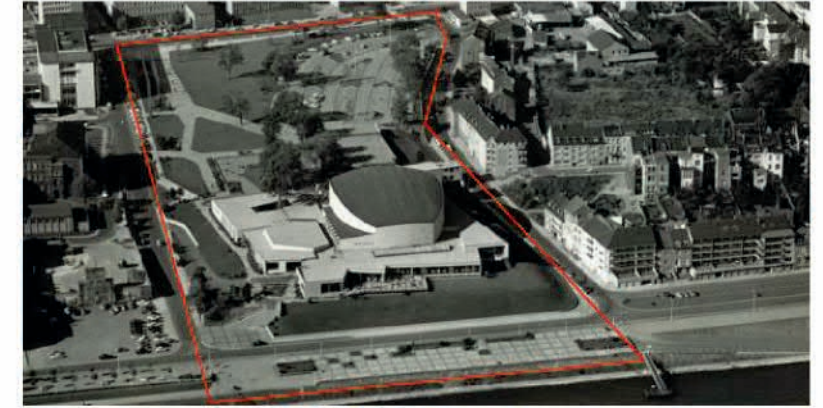
Abgelehnt hat der Rat einen Antrag des BBB zur kommenden Grundsteuerreform, mit dem verlangt wurde, "bei der Anpassung des Hebesatzes die Einkommensneutralität zu wahren." Damit wollte der BBB von vornherein verhindern, dass mit der Umstellung der Berechnungsgrundlagen der Hebesatz erhöht würde, auf diesem Weg heimlich, still und leise den Bonner Bürgern zusätzlich in die Tasche gegriffen und die Steuern in einem Aufwasch erhöht würden. Genau diesen Ausweg wollten sich Grüne und SPD, aber auch CDU und FDP ausdrücklich offenhalten. OB Dörner hatte das in ihrer Stellungnahme deutlich formuliert: "Die Höhe der Grundsteuerhebesätze wird auch künftig allein nach dem dann anstehenden Finanzbedarf ausgerichtet." Daher begrüßt der BBB, dass Finanzminister Marcus Optendrenk sichtbar machen will, ob die Kommunen in NRW mit der Umstellung ihre Einnahmen erhöhen, senken oder gleich lassen.

So sieht man Bonn von draußen:

Bonns Attraktivität nimmt ab

"Schon seit längerer Zeit stelle ich fest, dass für mich bei Fahrten nach Bonn das Auto unentbehrlich ist. Aufgrund der Unzuverlässigkeit, der Kosten und des Verhaltens vieler Fahrgäste ist der ÖPNV für mich keine Alternative mehr. Während der Corona-Zeit habe ich auch gelernt, dass Fahrten nach Bonn insgesamt für mich weitgehend entbehrlich sind. Grund dafür sind nicht nur Online-Shops, sondern die in dieser Zeit deutlich ausgeweiteten digitalen Angebote aus den Bereichen Kultur und Wissenschaft. Wenn also Bonn mich mit meinem Auto nicht haben möchte, kann ich auf Bonn gut verzichten. Die für die Verkehrspolitik Verantwortlichen, die anscheinend nur ihre Bonner Klientel im Blick haben, sollten sich allerdings auch nicht wundern, wenn die Belebung der Innenstadt nicht gelingt oder die Attraktivität Bonns als Einkaufs- und Erlebnisstadt für das Umland immer weiter abnimmt."

Dr. Werner Lehnen, Sankt Augustin, Bonner GA vom 27.05.2023



Diesen Bereich umfasst das Gartendenkmal der Beethovenhalle

Grün-Rot bleibt unbelehrbar:

Parkplatznot vor Beethovenhalle durchgeboxt

Laut Stadt könnte der Parkplatz vor der Beethovenhalle im Wesentlichen erhalten bleiben, wenn dort, wie zwingend notwendig, die Entwässerungskanäle erneuert würden. Um den Bäumen mehr Raum zu geben, würden 22 Stellplätze gestrichen. Weitere 13 Parkplätze entfielen für die Verbreiterung der Parkbuchten von 2,30 m auf 2,50 m, um heutige Fahrzeugbreiten zu berücksichtigen. Statt der ursprünglich 189 Stellplätze vor Beginn der Sanierung im Jahr 2016 würde die Beethovenhalle so nach Sanierung des Parkplatzes auf ihrem Grundstück weiter 154 Plätze für Nutzer und Besucher vorhalten können. Hinzu kämen die 27 Parkplätze in unmittelbarer Nähe entlang der Theaterstraße.

Das waren für die Bonn regierenden grün-roten Auto-Hasser entschieden zu viele. Die Bonner sollen umzogen werden und auch zum Konzert radeln oder die chronisch unzuverlässigen Busse und Bahnen nutzen. Nachdem Grün-Rot schon in der Umgebung der Beethovenhalle reichlich Parkplätze vernichtet hatte, indem sie am Rheinufer eine Fahrradstraße einführten und die dort vorhandenen 40 Plätze samt der Bus-Parkplätze ersatzlos beseitigten, am Stiftsplatz ca. 70 Parkplätze abschafften, im Rosental und der Welschnonnenstraße ebenfalls zugunsten der Fahrradfahrer fast 80 Parkplätze in Luft auflösen, strichen sie auch vor der Beethovenhalle 136 Stellplätze.

Dass damit die Vermarktung der Halle nach einer Veranstaltungspause von voraussichtlich neun Jahren für die Betriebsgesellschaft deutlich erschwert würde, wollten diese grün-roten „Experten“ für das Tagungsgeschäft nicht begreifen und wischten die Bedenken der Fachleute der Bonn Congress einfach vom Tisch.

Ebenso erging es auch mit den Bedenken des Beethovenorchesters und des Beethovenfestes. Beide sind auf Besucher von auswärts angewiesen, die meist älter sind und überwiegend mit dem Auto anreisen. Manche Besucher des Beethovenfestes erinnern sich noch an die chaotischen Zustände bei hochkarätigen und ausverkauften Konzerten in der Beethovenhalle, wo alle Parkplätze einschließlich des benachbarten Parkhauses den Andrang nicht bewältigen und die Konzerte nicht pünktlich beginnen konnten.

Bund der Steuerzahler kritisiert erneut:

Beethovenhalle wieder im Schwarzbuch

Die Sanierung der Beethovenhalle ist ins aktuelle Schwarzbuch der "öffentlichen Verschwendung" des Bundes der Steuerzahler aufgenommen worden. Der kritisierte vor allem die extrem gestiegenen Kosten der Maßnahme. Im August 2022 erfolgte ein "Neustart" mit der Übernahme der Steuerung der Krisen-Baustelle durch die Berliner Häuser Baumanagement GmbH. Ergebnis war eine um acht Monate verlängerte Bauzeit und eine weitere Kostensteigerung um knapp 27 Millionen auf zuletzt 221,6 Mio. Euro, schreibt der Bundesverband. Und kommentiert: "Die Steuerzahler werden froh sein, wenn bei dieser 'Unvollendeten' endlich ein Schlussakkord erklingt."

BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn · Altes Rathaus, Markt 2 · 53111 Bonn

Telefon 0228/77 54 45 · Fax 0228/77 54 47 · www.bbb-im-rat.de v.i.S.d.P.: BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Hinweis zum Datenschutz: Diesen Newsletter können Sie - sofern namentlich zugestellt - per Mail unter bbb.fraktion@bonn.de abbestellen, Ihre personenbezogenen Daten werden dann gelöscht. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie unter <https://bbb-im-rat.de/datenschutz.html>. Sofern Ihnen dieser Ratsreport per Postwurfsendung zugestellt wurde, wenden Sie sich bitte an die Deutsche Post AG.

Kahlschlag bei der Beethovenhalle:

30 geschützte Bäume Opfer der Kettensäge

30 große, von der Baumschutzsatzung geschützte Bäume mit mehr als 100 cm Stammumfang in 1 m Höhe über dem Erdboden werden rund um die Beethovenhalle im Rahmen der laufenden Sanierungsarbeiten gefällt. Ursprünglich sollten es einmal aus gestalterischen Gründen nur zwei sein, eine Magnolie auf dem Parkplatz und eine Hainbuche. Die übrigen 28 Bäume fielen der Kettensäge bereits zum Opfer, um der Baustelleneinrichtung und dem neuen unterirdischen Anbau an der Wachsbleiche Platz zu schaffen. Wie in solchen Fällen üblich, wurden sie von einem Gutachter bewertet. Eine Vielzahl der Rodungskandidaten erhielt von ihm Schulnoten von 3 bis 5, was eine baldige bis mittelfristige Fällung nicht ausschloss. Junge Eichen, Linden, Ahorn-Bäume und einzelne Flügelnüsse in einer Wuchshöhe von bis zu sechs Metern sollen den Bestand ergänzen, sobald die die Beethovenhalle umgebende Grünanlage für dafür eingepflanzte 8,72 Mio. Euro hergerichtet ist. Die neu gepflanzten Bäume werden freilich Jahrzehnte brauchen, bis sie den ökologischen Nutzen ihrer gefällten ausgewachsenen Vorgänger erreichen können. Das ist mal wieder grün-roter Klima- und Umweltschutz vom Feinsten.

Umweltschutz missachtet:

Keine Dachbegrünung bei Beethovenhalle



6.320 m² Flachdächer bleiben nach der Luxus-Sanierung ohne Begrünung.

Einen waschechten Umweltskandal deckte der *BBB* mit einer Anfrage auf. Obwohl die Beethovenhalle, die für 221,6 Mio. Euro luxussaniert wird, über ca. 6.320 m² Flachdächer verfügt, wird kein einziger m² davon begrünt werden. Dabei zählt im Klimawandel jede Fläche, die Pflanzen und Tieren einen Lebensraum bietet. Wer Dächer begrünt, schafft Trittsteinbiotope, bringt natürliche Abwechslung in die Innenstadt und wirkt dem Aufheizen des Klimas in den Sommermonaten entgegen. Während ein übliches Flachdach bei sonnigem Sommerwetter bis zu 80 Grad Celsius heiß werden kann, sind es mit Begrünung nur 30 Grad, und die Umgebungsluft kühlt nachts auch schneller ab. Dachbegrünung rät Bonns grüne OB gebetsmühlenartig ihren Mitbürgern, setzt es aber mit ihrer Stadtverwaltung selbst nicht um. Dafür sicher wieder mit den SWB beim Warthäuschen an der Bushaltestelle vor der Beethovenhalle, auch wenn diese Minifläche für das Klima nichts bringt.

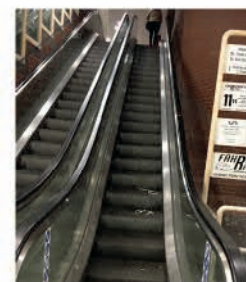
Für Sanierung der Beethovenhalle:

Geringe Spendenbereitschaft

Nur 5,66 Mio. Euro an Spenden kann die Stadt für die Sanierung der Beethovenhalle bislang bei Gesamtkosten von voraussichtlich 221,6 Mio. Euro verbuchen. Das Interesse, die denkmalgerechte Sanierung zu fördern, ist demnach deutlich geringer als es beim Bau der Beethovenhalle war. Damals wurden mit 1,1 Mio. DM Spenden immerhin 11,6 % zu den Baukosten von 9,5 Mio. DM beigetragen. Die von den Grünen unbedingt gewollte Luxus-Sanierung trifft eben auf wenig Zustimmung in der Bonner Bevölkerung.

Rolltreppe Cassius-Bastei seit April defekt

Ein besonderes Ärgernis ist für den *BBB* die seit April stillstehende Rolltreppe, die bis dahin Fußgängern den Zugang zur Innenstadt durch die Cassius-Bastei hindurch erleichtert hatte.



Da sich niemand um die Instandsetzung kümmerte und sich nach Ansicht der Verwaltung eine Reparatur der aus dem Jahr 1988 stammenden Anlage nicht lohnen würde, ließ der *BBB* im Juni die OB mit einem einstimmigen Beschluss des Hauptausschusses beauftragen, eine neue Rolltreppe auszusuchen und einbauen zu lassen. Es passierte aber weiter nichts. Denn erst Anfang Dezember stellte man fest, dass nach geltenden Verträgen nicht die Stadt, sondern die Eigentümer der Cassius-Bastei

auch für die Erneuerung der Anlage zuständig sind, die Stadt Bonn aber die Kosten dafür zu tragen hat.

So zögert sich die Beseitigung dieses Ärgernisses immer weiter hinaus.

Steuern und Gebühren steigen in Bonn:

Grün-Rot erhöht drei Steuern kräftig

Um ihre unsolide Haushaltspolitik zu finanzieren, erhöht die grün-rote Mehrheit im Bonner Stadtrat die Belastung der Bürger weiter. Dazu dreht sie wie auch die noch amtierende Bundesregierung zum einen kräftig an der Steuerschraube:

- Die Gewerbesteuer steigt im Jahr 2024 um 9,6 % von 490 v.H. auf 537 v.H.
- Die Zweitwohnungssteuer wird von bislang 12 % auf 13 % der Nettokaltmiete angehoben.
- Die Beherbergungssteuer, die bislang 5 % des Bruttoübernachtungspreises betrug und nur von Privatreisenden erhoben wurde, wird auf 6 % erhöht und erfasst künftig auch Geschäftsreisende. Allein so erhofft sich Grün-Rot eine Steigerung der Einnahmen von zuletzt rd. 2 auf 5 Mio. Euro.

Müllabfuhr und Straßenreinigung werden teurer

Die Müllgebühren werden sich für die vierköpfige Familie "Mustermann" mit einer 120 Liter-Restmüll-Tonne, 14-tägliche Leerung, zum Jahreswechsel 2024 von bisher 229,04 auf 261,08 Euro erhöhen (plus 13,99 %). 2023 waren die Gebühren "nur" um 6,21 % gestiegen.

Auch die Straßenreinigung wird teurer. Ihre Gebührensätze werden für das Jahr 2024 bei den regulären Straßen je nach Straßenart zwischen 0,57 und 0,81 Euro und bei den Straßen mit erhöhtem Reinigungsaufwand (Reinigungsklasse D, das sind hauptsächlich die Fußgängerzonen) zwischen 0,80 und 1,14 Euro je Frontmeter angehoben. Bei einem Einfamilienhaus mit 15 Meter Frontlänge, Anliegerstraße und wöchentlicher Reinigung steigt die Jahresgebühr um 12,15 Euro auf 110,10 Euro (plus 11 %).

Abwasserbeseitigung mit zu hohen kalkulatorischen Kosten

Teurer wird auch die Abwasserbeseitigung. Gegenüber dem Jahr 2023 steigen die Gebührensätze für das Schmutzwasser 2024 um 8,71 % und die Gebühren für das Niederschlagswasser um 2,14 %.

Dabei verzinst Grün-Rot in Bonn das Anlagekapital der Stadtentwässerung nach Ansicht des *BBB* mit 3,03 % erneut viel zu hoch. Die Stadt Köln begnügt sich stattdessen entsprechend der Zinsentwicklung der letzten Jahre mit 1,86 % und greift ihren Bürgern so deutlich weniger in die Taschen.

Die Gebühren belasten künftig eine Familie in einem Einfamilienhaus mit Bonn-typischem Verbrauch (150 cbm Wasserverbrauch und 120 qm bebaute und befestigte Fläche) mit jährlich 602,10 Euro statt bisher 564,00 Euro (+ 6,76 %).

Preise für Fahrkarten steigen um 10 %

Die Fahrpreise im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) werden zum 1. Januar 2024 um durchschnittlich 10,4 % steigen. Das hat die Zweckverbandversammlung gegen die Stimmen der Bonner Vertreter von Grünen, CDU und SPD so beschlossen. Nur Stadtbaurat Helmut Wiesner, der Bonns OB Katja Dörner bei der Versammlung vertrat, enthielt sich bei der Abstimmung zur Tarifierhöhung.

Für den *BBB* ist das kein positives Signal für eine Verkehrswende, denn die Ticketpreise in unserer Region liegen im Vergleich zu den Tarifen im Bundesgebiet schon ohne die beschlossene Erhöhung im oberen Drittel. Wer wechselt vom Auto zu einem störanfälligen und unzuverlässigen Nahverkehr, der überteuerte Fahrpreise verlangt?

Sicherheitsgefühl der Bonner bleibt kritisch:

Zahl Kleiner Waffenscheine binnen acht Jahren verdreifacht

Drastisch gestiegen ist Jahr für Jahr die Zahl der Besitzer Kleiner Waffenscheine, die der Polizeipräsident in seinem Zuständigkeitsbereich (Bonn und linksrheinischer Rhein-Sieg-Kreis sowie Königswinter und Bad Honnef) genehmigt hat. Binnen acht Jahren hat sie sich fast verdreifacht, wie der *BBB* auf Nachfrage erfuhr:

Jahr	Kleine Waffenscheine
2014	2.126
2018	5.300
2022	6.222

Für den *BBB* macht das deutlich, dass sich allen Beruhigungsversuchen zum Trotz weite Teile der Bürgerschaft in ihrem Umfeld unsicher fühlen und daher der Selbstschutz mit Gas-, Signal- und Schreckschusswaffen weiter Konjunktur hat. Allein die Verstärkung der Polizeipräsenz auf der Straße zur Tages- und Nachtzeit kann nach Ansicht des *BBB* dagegen Wirkung zeigen.

BBB fordert Busparkplätze und Stromanschluss:

Schiffsanleger nachrüsten

Eine leistungsstarke Stromversorgung soll OB Dörner am Schiffsanleger der Flusskreuzfahrtschiffe vor der Beethovenhalle einrichten und die Eigenstromversorgung der Schiffe per Dieselmotoren dann dort untersagen. Diesem Antrag des *BBB* zur Verbesserung des Umweltschutzes folgte der Hauptausschuss einstimmig. Auch ein weiteres Problem soll beim Ausbau des Rheinuferes von der OB angegangen werden. Weil es für Reisebusse zu wenig Parkplätze in der Nähe gibt, werden in Bonn auch keine Passagierwechsel durchgeführt. Mit Vorübernachtungen, Landprogramm und Shopping vor Ort sind sie für Städte aber besonders lukrativ. Auch das will der *BBB* von der OB ändern lassen.

Tagen geht doch mit Augenmaß:

OB Katja Dörner (Grüne) knickte ein

Nach der heftigen Kritik auch des *BBB* an den Kosten des zweitgrößten Treffens des Verwaltungsvorstands mit insgesamt 65 Teilnehmern im August vorigen Jahres in einem Land- und Golfhotel zum "Anpassungsplan Klimaneutralität 2035" hat OB Katja Dörner in diesem Jahr eine bescheidenere Unterkunft gebucht. Statt auf 55.000 Euro oder rd. 850 Euro pro Teilnehmer wie im letzten Jahr wird sich die Rechnung für die diesjährige Konferenz auf 18.000 Euro beschränken. Das passt auch besser zu den angekündigten Beratungsschwerpunkten Soziale Gerechtigkeit und Kinderarmut.

Bodycams haben sich bewährt

Erfreut ist der *BBB*, dass sich die Beschaffung von 40 Bodycams für den Ordnungsdienst nach ihrem Einsatz über mehr als ein Jahr bewährt hat. So lautet jedenfalls das Fazit von Bonns OB. "Seit dem Einsatz der Bodycams hat es effektiv keinen nennenswerten körperlichen Übergriff auf die Einsatzkräfte des Stadtordnungsdienstes oder der GABI gegeben, sodass die Kameras aus Sicht der Verwaltung einen nennenswerten ... Beitrag zur Sicherheit der Mitarbeitenden geleistet haben." Der *BBB* hatte die Beschaffung 2020 beantragt und der Rat war dem einstimmig gefolgt. Das Einschalten der Geräte hat in kritischen Situationen spürbar zur Deeskalation beigetragen und ihr weiterer Einsatz wurde daher von der OB empfohlen.



63 Fahrten bleiben von Rot-Grün gestrichen:

Korrektur des Spar-Fahrplans nach Bad Godesberg abgelehnt

Während der Ausbau des ÖPNV von der grün-roten Mehrheit im Stadtrat verbal immer wieder als unverzichtbar für ein Gelingen der "Verkehrswende" bezeichnet wird, reduzierte diese Mehrheit auf Antrag von Rolf Beu (Grüne) bei der Umstellung des Fahrplans für das Jahr 2023 das Angebot auf der Hauptlinie der Stadtbahn zwischen Bonn und Bad Godesberg. Der *BBB* fand das widersinnig. Früher fanden an Schultagen montags bis freitags auf dieser Strecke insgesamt 332 Fahrten statt. Nach dem Fahrplanwechsel im Dezember 2022 wurde das Angebot um insgesamt 63 Fahrten in beide Richtungen reduziert. Damit entfällt jede fünfte Fahrt. Und allein die notorisch unzuverlässige Linie 16, die aus Köln-Nord nach Bonn kommt, bedient diese Strecke im 10-Minuten-Takt. Im Gegensatz dazu wird Dottendorf mit den Linien 61 und 62 im 5-Minuten-Takt mit dem Bonner Hauptbahnhof verbunden; mit dieser engen Taktung wird hier für den ÖPNV der höchste Anteil bei der Verkehrsmittelwahl erreicht. Widersinnig ist es auch, für die Linie 66 neue Fahrzeuge zu bestellen, um einen durchgehenden 5-Minuten-Takt anzubieten, nach Bad Godesberg aber ein Viertel der Fahrten zu streichen. Hinzu kamen zahlreiche Ausfälle und Verspätungen bei dem ausgedünnten Angebot. Der *BBB* hatte daher für den neuen Fahrplan 2024 die Rücknahme dieser Verschlechterungen für Bad Godesberg beantragt. Die grün-rote Mehrheit im Stadtrat beschloss wohl für 2024 verschiedene Ausweitungen im ÖPNV-Angebot andernorts mit Mehrkosten von rd. 550.000 Euro, lehnte aber eine bessere Anbindung von Bad Godesberg erneut ab.



Wann kommt OB Dörner endlich zur Vernunft?

BBB fordert seit drei Jahren mehr Ordnung bei den E-Scootern

Sie sind der Bonner Grünen und ihrer OB liebsten Kinder. Paris hat sie freilich seit dem 1. September nach einer Befragung seiner Bürger aus dem Stadtgebiet rausgeschmissen. In Bonn geht das zum Bedauern des *BBB* nicht, weil sich CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst schon in seiner Funktion als Verkehrsminister dem grünen Zeitgeist angebeiert hatte und in seinem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz vorgeschrieben hat, dass die Nutzung der E-Scooter durch kommunale Satzungen nicht so eingeschränkt werden soll, dass ihr Angebot dadurch verhindert würde. Für den *BBB* haben diese Flitzer keine sinnvolle Funktion im Stadtverkehr. Für ihn spielen sie zum Großteil nur eine Rolle im Spaß- und Freizeit-Verkehr. Eine Untersuchung der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich weist nach, dass E-Scooter hauptsächlich Fußwege, das Fahrrad oder den öffentlichen Nahverkehr ersetzen, nicht aber Fahrten mit dem Pkw. Auch das Bundesumweltamt (UBA) hat keinen Nutzen der neuen Verkehrsmittel für die Umwelt anerkannt, denn auch nach Erkenntnissen des UBA ersetzen sie keine Pkw-Fahrten, sondern den umweltfreundlichen Fuß- und Radverkehr. Den *BBB* ärgerte schnell, dass in Bonn Bürgersteige und Fußwege, Grünanlagen und innerstädtische Plätze zu Park- und Abstellräumen für Elektro-Roller verkommen sind. Seit Oktober 2021 bemühte sich der *BBB* vergebens, OB Katja Dörner zu veranlassen, das Chaos zu beseitigen, das rücksichtslos und behindernd abgestellte E-Scooter in der Bonner Innenstadt und auch sonstwo regelmäßig anrichten. Schnippisch wie immer erklärte die OB noch im Mai vorigen Jahres in einer Mitteilung: "Für das Stadtgebiet betrachtet die Verwaltung aber die durch das Abstellen derartiger Fahrzeuge auftretenden Probleme bisher nicht als derart gravierend, dass unmittelbar sofortiger Handlungsbedarf besteht." Jetzt hat auch Grün-Rot die OB mit einem Antrag beauftragt, endlich ordnend einzugreifen.